

„Ein Desaster made in Japan“

Gremium rügt Regierung und Atomlobby

Von dpa-Korrespondent Lars Nicolaysen

TOKIO. Japan geht gut ein Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima mit sich selbst hart ins Gericht. Sowohl der Atombetreiber Tepco als auch die Atomaufsicht und die Regierung hätten seit Langem gewusst, dass das AKW Fukushima Daiichi einem solch starken Erdbeben und Tsunami nicht standhalten konnte. Dennoch sei nichts unternommen worden. „Sie haben das Recht der Nation, sicher vor Atomunfällen zu sein, verraten“, urteilt die unabhängige Untersuchungskommission.

Es ist beeindruckend, mit welch harten Worten Japaner ihren Staat und seine Strukturen aburteilen. Man müsse zugeben, dass dies ein Desaster „Made in Japan“ war, heißt es. Nicht nur das Krisenmanagement der Regierung habe versagt, es hätten auch elementare Sicherheitsanforderungen gefehlt.

Die Ursachen für die Tragödie lägen noch tiefer: in den „tief verwurzelten Kon-

ventionen der japanischen Kultur“. Dazu gehörten der „reflexive Gehorsam“ und „unsere Zurückhaltung, Autoritäten anzuzweifeln“, so die Untersuchungskommission. Die Atomkatastrophe von Fukushima sei nicht zuletzt eine Folge der Kungelei zwischen der Regierung, der Atomaufsicht und Tepco. Genau diese sehen Kritiker jedoch weiter am Werk.

Just an dem Tag, an dem die Kommission ihren Bericht vorlegt, nehmen die Regierung und Atomlobby erstmals seit Beginn der Katastrophe wieder einen Reaktor ans Netz. Und das, obwohl sich die Mehrheit der Bevölkerung in Umfragen gegen die weitere Nutzung der Atomkraft ausspricht.

Nach Einschätzung von Beobachtern darf die Macht der Atomlobby und auch der Filz zwischen der Wirtschaft, der Politik und den Medien nicht unterschätzt werden. Nötig seien „fundamentale Reformen“, so die Untersuchungskommission. Bleibt abzuwarten, ob Japans Staat dem folgt und seine Lehren zieht.



Super-Gau in Japan: der zerstörte Reaktorblock 4 in Fukushima.

Foto: dapd